Die allgemeinen Hinweise bitte vor Antragstellung sorgfältig lesen!

Allgemeine Hinweise

(zum Verbleib bei Ihren Unterlagen)

Die Antragsbearbeitung kann nur erfolgen, wenn ein Auszubildender bei Antragstellung feststeht. **Ohne die Angaben zum Ausbildungsverhältnis erfolgt demnach keine Bearbeitung oder Berücksichtigung Ihres Antrages!**

- Der Förderantrag muss vor Abschluss des Ausbildungsvertrags beim Regierungspräsidium Kassel eingegangen sein.
- Der Förderantrag muss vor Ausbildungsbeginn beim Regierungspräsidium Kassel eingegangen sein.
- Die erforderlichen Anlagen können nachgereicht werden.
- Auf den Zuschuss besteht kein Rechtsanspruch, er wird nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt.
- Ein Ausbildungsverhältnis kann grundsätzlich nur gefördert werden, wenn die/der Auszubildende:
  - mit Hauptwohnsitz in Hessen gemeldet ist,
  - maximal über einen Hauptschulabschluss verfügt,
  - mit der Ausbildung beim Antrag stellenden Betrieb in 2022 beginnt,
  - noch nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HWO) verfügt und
  - nicht mit dem/der Inhaber/in bzw. einem der Gesellschafter/innen verheiratet oder im 1. oder 2. Grad verwandt ist (Geschwister, Eltern, Kinder, Enkel).
- Die Benachteiligung ist in geeigneter Form nachzuweisen, z. B. durch:
  - Bestätigung der Agentur für Arbeit/des Jobcenters,
  - ärztliches Attest,
  - Bescheinigung der Schule/Familienbetreuer/Sozialarbeiter etc. oder
  - Abgangszeugnis einer Förderschule.

  Die Bestätigung darf nicht vom Antragsteller unterschrieben werden!
- Der Schulabschluss ist in geeigneter Form nachzuweisen, entweder durch
  - das Abschluss-, Abgangszeugnis, Halbjahreszeugnis oder
  - eine eidesstattliche Versicherung der/des Jugendlichen (nur wenn keine Unterlagen über den Schulabschluss vorhanden sind!).

  Bei einem Schulbesuch in Deutschland ist das Zeugnis vorzulegen!
- Die Gewährung von Zuschüssen zu Ausbildungsvergütungen aus anderen (öffentlichen) Haushalten schließt eine Förderung durch den hier beschriebenen Ausbildungskostenzuschuss aus.
- Für Ausbildungsverhältnisse, die während der Probezeit aufgelöst werden, besteht kein Zuwendungs-anspruch.

Ausfertigungen der Fördergrundsätze bzw. weitere Auskünfte - auch zu weiteren Förderprogrammen des Landes Hessen - erhalten Sie vom Regierungspräsidium Kassel, Dezernat 57 oder unter
www.rp-kassel.hessen.de → Menü → Soziales → Förderprogramme HMSI
oder nutzen Sie die **Suchoption** auf der **linken Seite** der Homepage, um dort **„Akz“** zu suchen.

Ihre Ansprechpartner/-in beim Regierungspräsidium Kassel:

Für Antragssteller aus dem Regierungsbezirk **Darmstadt**	Für Antragsteller aus dem Regierungsbezirk **Gießen**	Für Antragssteller aus dem Regierungsbezirk **Kassel**
Frau Krum	**Herr Passinger**	**Frau Krum**
☎ 0561/106-4095	☎ 0561/106-2667	☎ 0561/106-4095
0611/32764-1662	0611/32764-1662	0611/32764-1662
@ **Ausbildungszuschuss@rpks.hessen.de**	@ **Ausbildungszuschuss@rpks.hessen.de**	@ **Ausbildungszuschuss@rpks.hessen.de**

Ermöglicht durch das Sozialbudget

AKZ 2022

Absender

Achtung:
Anträge müssen vor Abschluss des Ausbildungsvertrages und vor Ausbildungsbeginn beim Regierungspräsidium Kassel eingegangen sein!

An das
Regierungspräsidium Kassel
Dezernat 57
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel

Hinweis:
Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt 4-6 Wochen. Sollten Sie in diesem Zeitraum keine Nachricht erhalten haben, melden Sie sich bitte, um sicherzustellen, dass Ihr Antrag tatsächlich hier eingegangen ist!

Antrag auf Gewährung eines Ausbildungskostenzuschusses aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (HMSI) für Ausbildungsverhältnisse mit benachteiligten Jugendlichen – AKZ 2022

(Fördergrundsätze des HMSI vom 19.12.2016, veröffentlicht im Staatsanzeiger 1/2017, Seiten 33 ff.)

Hiermit beantrage/n ich/wir einen Ausbildungskostenzuschuss nach den vorgenannten Fördergrundsätzen, die ich/wir zur Kenntnis genommen habe/n.
Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der nachfolgenden Angaben.

Die sich aus den Fördergrundsätzen ergebenden Bewilligungsbedingungen sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Anlage 2 bzw. 3 zu den Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung) werden anerkannt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes in der Fassung vom 25.09.1990 (BGBl. I S. 2106) in Verbindung mit dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18.05.1977 (GVBl. I S. 199) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Mir/Uns sind die nach § 3 Subventionsgesetz bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde/n ich/wir jede Abweichung von den nachstehenden Angaben unverzüglich dem Regierungspräsidium Kassel mitteilen.

Für Ausbildungsverhältnisse, die während der Probezeit aufgelöst werden, besteht kein Zuwendungsanspruch.

Sofern ein Ausbildungsverhältnis, für das eine Zuwendung gewährt wird, innerhalb des Förderzeitraums vorzeitig endet, verpflichte/n ich/wir mich/uns den erhaltenen Zuschuss anteilig zu erstatten.

Ich/Wir erkläre/n gemäß Artikel 1 Ziffer 4. der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) - (Amtsblatt der EU Nr. L 187 vom 26.06.2014, S. 1),

- dass keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt und
- dass sich mein/unser Unternehmen nicht in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Ziffer 18 AGVO befindet.

Hinweis: Andernfalls ist eine Förderung ausgeschlossen.

Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) - Information nach Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679

In diesem Antrag werden persönliche Daten der/des Auszubildenden mitgeteilt. In diesem Zusammenhang mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie im Rahmen der Datenschutzverordnung verpflichtet sind, die Auszubildende/den Auszubildenden bzw. bei Minderjährigen deren/dessen Erziehungsberechtigte/n auf die Erhebung und Weiterleitung dieser Daten hinzuweisen.

Ein gesondertes Schreiben erhalten Sie dann mit der Eingangsbestätigung.

✘ _____

Ort, Datum, Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des/r Antragstellenden (des/der Betriebsinhaber/s)

Angaben zum Betrieb

Name und Anschrift des Betriebes	
Betriebsinhaber/Geschäftsführer	**Ansprechpartner**
Telefonnummer, Faxnummer	Telefonnummer, Faxnummer
E-Mail	E-Mail

Bankverbindung	
Bank:	Kontoinhaber/in (wichtig!):
BIC:	IBAN:

Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass die für die Bearbeitung des Antrages erforderlichen Sachverhalte bei den zuständigen Stellen überprüft, elektronisch erfasst, bearbeitet, gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle verwendet werden.

Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns persönlich zur teilweisen oder vollen Rückzahlung des bewilligten Zuschusses (einschl. Zinsen), wenn eine Rückforderung und/oder Verzinsung eines Rückforderungsbetrags gemäß den Fördergrundsätzen erforderlich wird.

✘ _____

Ort, Datum, Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des/r Antragstellenden (des/der Betriebsinhaber/s)

Angaben zum Ausbildungsverhältnis

Nachname der / des Auszubildenden:		Vorname der / des Auszubildenden:	
Geburtsdatum:		weiblich: ☐	männlich: ☐
Wohnort:	Landkreis:		Bundesland:
Schulabschluss:		erlangt am:	
Kopie des <u>letzten</u> Schulzeugnisses (Abschluss- oder Abgangszeugnis bzw. Halbjahreszeugnis, ausländisches Zeugnis, ggf. Anerkennung in Deutschland, ansonsten Eidesstattliche Versicherung)		liegt bei: ☐	wird nachgereicht: ☐
Lebenslauf		liegt bei: ☐	wird nachgereicht: ☐
Bestätigung/Nachweis der Benachteiligung (z. B. Abgangszeugnis einer Förderschule, Bestätigung der Arbeitsagentur / des Jobcenters, ärztliches Attest, siehe auch „allgemeine Hinweise“)		liegt bei: ☐	wird nachgereicht: ☐
der/die Auszubildende hat bereits eine **abgeschlossene Ausbildung:** Falls ja, welcher Beruf?		ja ☐ nein ☐	
angestrebter Ausbildungsberuf (nach BBiG/HWO):			
Dauer der Ausbildung: Monate	vom: . . 2022	bis zum: . . 20	vorgesehene Probezeit: Monate
Sofern die Ausbildung <u>nicht</u> die vorgeschriebene Ausbildungsdauer hat, geben Sie bitte einen Grund für die Verkürzung an (z. B. Anrechnung einer Vorlehre):			
Eine Kopie des <u>registrierten</u> Ausbildungsvertrags (d. h. mit Eintragungsvermerk/Stempel der Kammer) wird zu gegebener Zeit nachgereicht.			
Wurden für das Ausbildungsverhältnis auch andere Mittel beantragt/bewilligt? (z. B. Programme der Arbeitsagentur oder der Kommune)	nein: ☐	ja: ☐	Folgende/s Programm/e wurde/n beantragt / bewilligt (Kopie des entsprechenden Antrags/Bescheids beifügen):
Ist der/die Auszubildende mit einem der Inhaber/innen, Gesellschafter/innen verheiratet oder im 1./2. Grad (Geschwister, Kinder, Enkel) verwandt?	nein: ☐	ja: ☐	Art des Verwandtschaftsverhältnisses (siehe „allgemeine Hinweise“):

Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und erkläre/n mich/uns damit einverstanden, dass die für die Bearbeitung des Antrages erforderlichen Sachverhalte bei den zuständigen Stellen überprüft, elektronisch erfasst, bearbeitet, gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle verwendet werden.

✘ _____

Ort, Datum, Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des/r Antragstellenden (des/der Betriebsinhaber/s)

Bestätigung der Benachteiligung

zum Ausbildungskostenzuschuss für Benachteiligte

(Darf nicht vom Antragsteller unterschreiben werden)

Ausbildungsbetrieb

Firmenname: _____

Straße/Hausnummer: _____

PLZ/Ort: _____

Angestrebt wird die Ausbildung von:

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Ausbildungsberuf: _____

Ausbildungsbeginn: _____

An:	**Absender** (Stempel oder Adresse der bestätigenden Stelle):
Regierungspräsidium Kassel Dezernat 57 –Förderwesen Am Alten Stadtschloss 1 34117 Kassel	

Bitte ankreuzen und/oder ausfüllen:

Der / die oben genannte Jugendliche

a. ☐ hat eine anerkannte Lernbehinderung

b. ☐ besitzt einen Behindertenausweis mit einem GdB von: _____

c. ☐ ist aufgrund ihrer/seiner kognitiven Lern- / Leistungsfähigkeit benachteiligt

d. ☐ ist aufgrund ihrer/seiner körperlichen / gesundheitlichen Leistungsfähigkeit benachteiligt

e. ☐ ist aufgrund ihrer/seiner psychischen Probleme benachteiligt

f. ☐ ist durch ihre/seine soziale Herkunft benachteiligt

g. ☐ ist aufgrund von Verhaltensauffälligkeiten benachteiligt (Delinquenz, Suchtverhalten, etc.)

h. ☐ ist aufgrund ihrer/seiner schulischen Laufbahn benachteiligt (Förderschulbesuch, Schulverweigerung, etc.)

i. ☐ ist aufgrund einer Teilleistungsstörung benachteiligt

ggf. kurze Darstellung der Benachteiligung:

✘ _____

Ort, Datum, Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift der bestätigenden Stelle

Bitte nur dann einreichen, wenn keine Zeugnisse vorliegen!
Bei einem Schulbesuch in Deutschland muss das Zeugnis vorgelegt werden!

Eidesstattliche Versicherung

In Kenntnis einer eidesstattlichen Versicherung und der Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung, versichere ich

Name: _____
Vorname: _____
Geburtsdatum: _____
Anschrift: _____
_____

hiermit folgendes an Eides statt:

Ich habe keinen höheren Abschluss als den Hauptschulabschluss erlangt. Unterlagen über einen Schulabschluss kann ich nicht vorweisen.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d. h. nicht den Tatsachen entsprechenden oder unvollständigen Erklärung, d. h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

Die vorstehenden Tatsachen habe ich nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Sie sind richtig und vollständig. Dies versichere ich hiermit an Eides statt.

✘ _____

Ort, Datum und Unterschrift der/des Versichernden